

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Zusammenhang mit behördeninterne Personalauswahlverfahren (nur bezogen auf Veröffentlichungen außerhalb des Bewerbungsmanagementsystems) der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040 42828-0
Fax: 040 4273-13245
Email: poststelle@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Drehbahn 36
20354 Hamburg
E-Mail: jbdatschutz@justiz.hamburg.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Planung und Durchführung von behördeninterne Personalauswahlverfahren der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet. Eine Speicherung personenbezogener Daten erfolgt in Word- und Excel-Dateien und im Bewerbungsmanagementsystem (BMS). Endet das Bewerbungsverfahren ohne Anstellung, werden Ihre Daten noch bis zu 400 Tage zu Dokumentationszwecken gespeichert und danach, ebenso wie die uns übersandten Unterlagen, gelöscht bzw. vernichtet.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, erforderlich sind, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erfolgt die Verarbeitung auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. b) DSGVO i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DSGVO in Verbindung mit § 85 Abs. 1 HmbBG und § 10 HmbDSG. Auf dieser Rechtsgrundlage werden Ihre Bewerbungsdaten verarbeitet.

Ihre Daten werden zum Zwecke der Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet. Alle von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten dienen ausschließlich zur Bearbeitung Ihrer Bewerbung. Ihre Bewerbungsdaten werden im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nur insoweit verarbeitet wie es die gesetzlichen Vorgaben erfordern und wie es für die Entscheidungsfindung zur Ermittlung der Bewerbenden minimal notwendig ist.

Weitergabe

Ihre Bewerbungsunterlagen mit den personenbezogenen Daten werden neben der Dienststelle, bei der Sie sich beworben haben, an die nachfolgenden Empfänger weitergegeben. Die für diese Weitergabe notwendige Rechtsgrundlage sind die Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. b) DSGVO i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DSGVO in Verbindung mit § 85 Abs. 1 HmbBG und § 10 HmbDSG.

- **Personalrat (PR)**
- **Gleichstellungsbeauftragte (GSB)**
- **Schwerbehindertenvertretung (SB)**
- **Fachbereich (FB)**

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).